



Art des Vorstosses: **Interpellation**

Bitte unterzeichnetes Original dem Ratspräsidium abgeben und zusätzlich mit E-Mail weiterleiten an: staatskanzlei@ow.ch

Interpellation betreffend Wartezeiten beim SPD, PMT und LPD im Kontext mit den Personalsparmassnahmen beim BKD

Auskunftsbegehren/Frage:

Die Gemeinden stellen fest, dass die Wartezeiten für den Schulpsychologischen Dienst (SPD) massiv zugenommen haben. Gemäss Mitteilung des Bildungs- und Kulturdepartementes werden sich die Wartezeiten beim SPD weiter erhöhen. Die Anzahl auffälliger Schülerinnen und Schüler hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Auch werden die einzelnen Fälle immer komplexer. Einzelne Kinder können nicht mehr in nützlicher Frist abgeklärt werden. Die immer komplexer werdenden Fälle belasten Lehrpersonen und das gesamte Schulsystem sehr. Wenn keine zusätzliche Unterstützung vorhanden ist, lastet alles auf den Schultern der Lehrpersonen und der schulischen Heilpädagogik. Sie spüren den Druck und Stress, der bei auffälligen Kindern und ihren Familien massiv zugenommen hat. Die verlängerten Wartezeiten haben negative Auswirkungen auf das Lernen aller Kinder im Unterricht. Die Lehrpersonen haben bis zu einer Abklärung keine spezielle Unterstützung.

Die Schulen stellen zudem fest, dass viele Themen bei auffälligen Schülerinnen und Schülern systembedingt sind, d.h. das ganze Umfeld ist betroffen. Man weiss, dass frühe Intervention sinnvoller und wirkungsvoller ist als Symptombekämpfung. Eine ganzheitliche Betrachtungsweise ist also notwendig. Die Schulen wünschen mehr Angebote des Schulpsychologischen Dienstes, sie sind zunehmend unter Druck.

Integration vor Separation! Die Vorgaben des Kantons führen zu hoch-individuellen Abklärungen bei Schülerinnen und Schülern. Dies braucht Zeit und Ressourcen, denn es gibt keine einheitlichen Rezepte, jedes Kind wird individuell behandelt.

Auch bei der Psychomotoriktherapiestelle (PMT) und beim Logopädischen Dienst (LPD) stellt das BKD eine Zunahme von Anmeldungen im Vorschulbereich fest. Zudem soll die fachliche Unterstützung der Logopädie durch den Kanton an den Gemeindeschule gekürzt werden.

Im Rahmen der Personalsparmassnahmen muss das BKD bis Ende 2020 2,2 Stellen abbauen. Es wäre unverantwortlich, wenn der SPD, PMT oder LPD vom Stellenabbau betroffen wäre.

Es ergeben sich folgende Fragen:

1. Wie gedenkt der Regierungsrat auf die Zunahme der Fälle und deren steigenden Komplexität im SPD wie auch bei der Logopädie zu reagieren?
2. Wie geht der Regierungsrat mit dem Thema "Integration vor Separation" um?
3. Wird die fachliche Unterstützung bei der Logopädie an den Gemeindeschulen gekürzt? Wie gedenkt der Regierungsrat diese fachliche Unterstützung zu kompensieren?

